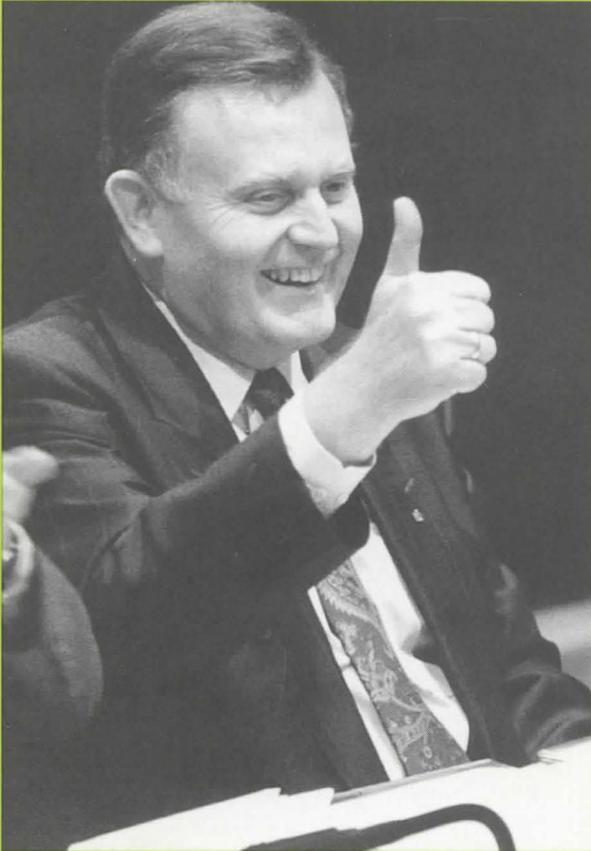




CDU

**Baden-
Württemberg**



25.1.92

2/204/116-2-BW

Wahlplattform

Wahlplattform Landtagswahl '92

beschlossen durch den
32. Landesparteitag
der CDU Baden-Württemberg

am 25.01.1992
in Mannheim

Landtagswahl '92
Wahlplattform

Verantwortlich:
CDU Baden-Württemberg
Hohenheimer Straße 9, 7000 Stuttgart 1

Gesamtherstellung:
SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH,
7000 Stuttgart 1

Umschlag chlor- und säurefrei; Innenteil aus 100% Recycling-Papier

Inhaltsverzeichnis

	Seite:
Erreichtes sichern, Zukunft gestalten Mit ganzer Kraft für unser Land	4
Baden-Württembergs Einfluß ausbauen - in Deutschland und Europa	7
Unsere Wirtschaft muß Spitze bleiben	12
Der Verkehr muß fließen - aber umweltverträglich	14
Wirtschaftsland Baden-Württemberg: Vorbild im Umweltschutz	16
Der Heimat verpflichtet - Lebensqualität im ganzen Land	20
Sicherheit schützt Freiheit	23
Eine gute Ausbildung sichert jungen Menschen Zukunft	25
Für eine lebendige Kulturgesellschaft	28
Kinder sind das Beste und Wertvollste, was wir haben	30
Mit den Frauen Gleichberechtigung durchsetzen	33
Ältere Menschen gehören in unsere Mitte	34
Aufruf	36

Erreichtes sichern, Zukunft gestalten - mit ganzer Kraft für unser Land.

Wir in Baden-Württemberg sind stolz auf unser Land. Wir sind das Wirtschaftsland Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Erfolg ist das Ergebnis harter Arbeit und des sprichwörtlichen Fleißes der Menschen im deutschen Südwesten, der Badener und Schwaben, der Alemannen und der Franken, der Kurpfälzer und der Hohenzollern und aller, die in den Nachkriegsjahren unter anderem als Flüchtlinge und Heimatvertriebene zu uns gekommen sind. Die Tüchtigkeit der Arbeitnehmer, der Erfindungsreichtum der Techniker, Ingenieure und Forscher, der Einsatz der Facharbeiter, Meister und Beamten, die Risikobereitschaft der Selbständigen, die Qualität der Handwerker, der Weitblick der Unternehmer hat unser Land zu dem gemacht, was es heute ist. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es diese einzigartige Kombination von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, landwirtschaftlicher Schönheit und kultureller Vielfalt. Baden-Württemberg ist bei allem wirtschaftlichen Erfolg immer eine liebenswerte Heimat geblieben. Wir haben unsere Lebensart bewahrt.

Baden-Württemberg ist nicht nur das Land der Tüftler und Schaffer, sondern auch das Land der Feinschmecker, Kulturgenießer und Weinkenner. Ein Land, in dem es sich gut leben läßt, und ein Land, in dem Solidarität, Nachbarschaftshilfe und Mitmenschlichkeit zu Hause sind.

Die CDU hat dieses Land geprägt. Ministerpräsidenten von Format: Gerhard Müller, Kurt Georg Kiesinger, Hans Filbinger, Lothar Späth und Erwin Teufel haben mit einer guten Mannschaft und einer weitsichtigen Politik die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die Leistungskraft der Bürger positiv entfalten konnte. Die Bilanz kann sich sehen lassen:

- Baden-Württemberg erwirtschaftet das höchste Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung;
- wir sind führend im Export. Baden-Württemberg exportiert mehr als Spanien, Österreich oder die Schweiz;
- Baden-Württemberg hat die deutlich niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer und liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt;
- wir haben - verteilt aufs ganze Land - die meisten Forschungsinstitute, Universitäten und Fachhochschulen, und Berufsakademien gibt es nur bei uns;
- Baden-Württemberg hat leistungsfähige Gemeinden und Städte mit einer ausgewogenen Wirtschafts- und Arbeitsplatzstruktur;

- bei uns werden die meisten Erfindungen und Patente angemeldet;
- Baden-Württemberg leistet am meisten für die Familie und hat eine Spitzenstellung bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen;
- Baden-Württemberg ist Vorbild im Umweltschutz;
- Baden-Württemberg gehört zu den forschungsintensivsten Regionen Europas und gibt von allen Bundesländern am meisten Geld aus für die Wissenschaft.

Das hohe Leistungsniveau, das Baden-Württemberg erreicht hat, kann nur gehalten werden, wenn das Land auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Die 90er Jahre sind im wesentlichen bestimmt durch folgende Herausforderungen:

- die ökonomische, soziale und ökologische Erneuerung in den neuen Bundesländern;
- die Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung und das Auftreten neuer leistungs- und konkurrenzfähiger Anbieter auf dem Weltmarkt;
- die Verschärfung des Wettbewerbs als Folge des Europäischen Binnenmarkts ab 1993;
- die Erarbeitung eines fairen Interessenausgleichs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, um zunehmende Flüchtlingsströme zu vermeiden;
- den Aufbau einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung in den Ländern Mittel- und Osteuropas;
- die Sicherung der ökologischen Grundlagen auf nationaler und internationaler Ebene;
- die Bewältigung des technologischen und wirtschaftlichen Wandels.

Von diesen Veränderungen und Herausforderungen ist auch das Land Baden-Württemberg direkt oder indirekt betroffen. Baden-Württemberg ist für die Zukunft gut gerüstet. Aber um die Herausforderungen bestehen zu können, braucht das Land eine kluge, verlässliche und vorausschauende Politik. Die CDU hat in den 20 Jahren ihrer alleinigen Regierungsverantwortung bewiesen, daß sie das richtige Programm und die richtigen Frauen und Männer hat, um das Land politisch zu führen. Am 5. April 1992 verdient die CDU deshalb erneut das Vertrauen der Bürger.

Für die CDU ist Richtschnur ihres politischen Handelns das christliche Verständnis vom Menschen, das sich in den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit konkretisiert. Auf dieser Grundlage hat die CDU Baden-Württemberg programmatische Perspektiven für eine freiheitliche, solidarische und humane Gesellschaft entwickelt, die Würde und Leben des Menschen, auch des ungeborenen, schützt; eine Gesellschaft, die den technischen und wirtschaftlichen Wandel in den Dienst des Menschen stellt, die natürlichen Lebensbedingungen schützt und die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen, Sicherheit und Geborgenheit ermöglicht.

Wir wollen die Handlungsfreiheit des einzelnen durch mehr Eigenverantwortung, Mitbestimmung und Mitentscheidung stärken. Mitverantwortung, Solidarität und Partnerschaft sind für uns wichtige Elemente einer am Menschen orientierten Politik. Das sind unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:

- **Wir wollen den Einfluß Baden-Württembergs in Deutschland und Europa ausbauen, um die Bundes- und Europapolitik im Interesse unseres Landes mitzugestalten.**
- **Wir wollen die wirtschaftliche Spitzenstellung unseres Landes erhalten durch eine Verbesserung der Rahmen- und Standortbedingungen.**
- **Wir wollen das Verkehrssystem sachgerecht und umweltverträglich aus- und umbauen, um die Mobilität für die Bürger und die Wirtschaft sicherzustellen.**
- **Wir wollen, daß das Wirtschaftsland Baden-Württemberg auch in Zukunft Vorbild im Umweltschutz ist.**
- **Wir wollen die Zukunft junger Menschen durch eine gute Bildung und Ausbildung sichern.**
- **Wir wollen die Lebensqualität im ganzen Land, insbesondere auch im ländlichen Raum, verbessern.**
- **Wir wollen mehr Vielfalt und Sinnerfüllung in einer lebendigen Kulturgesellschaft.**
- **Wir wollen durch eine Stärkung des Rechtsstaates und der Polizei Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger schützen.**
- **Wir wollen ein familien- und kinderfreundliches Baden-Württemberg.**
- **Wir wollen zusammen mit den Frauen Gleichberechtigung und Partnerschaft von Frauen und Männern in Beruf, Familie und Gesellschaft durchsetzen.**
- **Wir wollen das Wissen und die Erfahrungen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzen, denn sie gehören in unsere Mitte.**

Allein die CDU Baden-Württemberg ist in der Lage, unserem Land eine zukunftsweisende Perspektive aufzuzeigen.

Die SPD kann für kein wesentliches Zukunftsproblem unseres Landes ein überzeugendes Lösungskonzept anbieten.

Die FDP hat zu jeder wichtigen Frage zwei gegensätzliche Antworten.

Die Grünen vertreten weiter ihre radikal-ökologische Nischenpolitik für Minderheiten.

Nur die CDU hat ein politisches und zukunftsorientiertes Programm und hat mit Erwin Teufel den richtigen Mann an der Spitze.

Nichts würde besser in unserem Land durch eine Koalition, aber vieles schlechter. Koalitionsregierungen in Bonn und anderen Bundesländern zeigen dies. Koalitionen können die Politik für unser Land nicht verbessern, sondern nur verwässern.

Wenn Baden-Württemberg auch künftig vorne bleiben will, braucht das Land eine stabile, solide Regierung - eine CDU-Regierung. Mit einem Ministerpräsidenten, dem man vertrauen kann: Erwin Teufel.

Die CDU ist eine moderne Volkspartei, die die Kraft hat, Einzel- und Gruppeninteressen zu integrieren und dem Gemeinwohl unterzuordnen. Sie ist heimatverbunden und weltoffen, wertebewußt und wirklichkeitsorientiert. Die CDU ist die Baden-Württemberg-Partei, der Maßanzug für ein selbstbewußtes Land. Unser Land braucht die Fortsetzung der erfolgreichen Politik der CDU mit Erwin Teufel.

Baden-Württembergs Einfluß ausbauen - in Deutschland und Europa

Die Vollendung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Union Europas und die zunehmende Demokratisierung und Liberalisierung in den Staaten Mittel- und Osteuropas bedeuten für Baden-Württemberg nicht nur eine Herausforderung, sondern eröffnen unserem Land auch neue Chancen und Perspektiven, bedeuten neue Pflichten.

Um diese Chancen nutzen zu können, muß das Land Baden-Württemberg im Bund wie in der Europäischen Gemeinschaft einen entsprechenden Einfluß haben, denn die Entwicklung des Landes wird immer stärker auch von bundes- und europapolitischen Entscheidungen beeinflußt. Deshalb wurde in Baden-Württemberg ein eigenes Bundes- und Europaministerium geschaffen.

Die CDU Baden-Württemberg versteht sich daher als Anwalt der Interessen unseres Landes in Bonn und Brüssel und will die Bundes- und Europapolitik konstruktiv mitgestalten.

Die CDU hat durch Initiativen im Bundesrat, durch ihre politischen Repräsentanten im Bundestag und in der Bundesregierung **ihren bundespolitischen Einfluß** geltend gemacht, um

- eine solide **Haushalts- und Finanzpolitik** des Bundes sicherzustellen, die die Belastungen der Bürger und Unternehmen durch Steuern und Abgaben begrenzt;
- die **Wohnbauförderung** zu erhöhen und stärker auf die Bezieher mittlerer Einkommen, auf Familien mit Kindern und auf junge Familien zu konzentrieren;
- eine Ergänzung des Grundgesetzes zu erreichen, die Voraussetzung für die **Verhinderung des Asylmißbrauchs** ist;
- den **Familienlastenausgleich** wirksam zu verbessern durch die Erhöhung der steuerlichen Freibeträge und des Kindergeldes;
- zusätzliche Bundesmittel in erheblichem Umfang für den Aufbau der **Verkehrsinfrastruktur** unseres Landes zu erhalten;
- das finanzielle Risiko der Pflegebedürftigkeit von älteren Menschen durch eine **Pflegeversicherung** abzusichern, die die künftige Generation nicht unzumutbar belastet;
- die mittelständische Wirtschaft durch Steuersenkungen gezielt zu entlasten;
- die große Mehrheit der Sparer von der Besteuerung ihrer Zinseinnahmen zu befreien;
- die freie Selbstbestimmung unseres ganzen Volkes und den angemessenen Beitrag zur Sicherheit der Staaten, Völker und Volksgruppen zu ermöglichen.

Der bundespolitische Einfluß des Landes Baden-Württemberg muß ausgebaut werden, wenn unser Land auch in Zukunft angesichts neuer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen an der Spitze bleiben will. Weil die CDU im Land wie im Bund die politische Verantwortung trägt, konnten die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Landes Baden-Württemberg geschaffen werden.

Nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit ist die vordringliche innenpolitische Aufgabe aller Deutschen, die **innere Einheit Deutschlands zu vollenden**. Die CDU bekennt sich zu ihrer solidarischen Verpflichtung für die neuen Länder. Die Mitbürger dort brauchen die Gewißheit, daß die Übergangsphase der wirtschaftlichen Umstrukturierung in absehbarer Zeit zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führt. Dazu haben Bund, Länder und Kommunen die erforderliche solidarische Hilfe zur Selbsthilfe geleistet.

Das Land Baden-Württemberg hat frühzeitig durch finanzielle und personelle Hilfe den Aufbau seines Partnerlandes Sachsen nachdrücklich unterstützt. Auch in Zukunft wird unser Land seine Hilfe für den Freistaat Sachsen fortsetzen und weiter ausbauen.

Wir sagen unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern aber auch, daß sie nicht in vier Monaten oder vier Jahren den Lebensstandard erreichen können, für den wir im Westen vierzig Jahre gebraucht haben. Ohne Geduld und harte Arbeit wird es nicht gehen. Niemand, dem wir helfen wollen, hätte etwas davon, wenn bei uns im Westen die Wirtschaft und die Finanzen in Unordnung kämen, die Forschung zurückfiel oder notwendige Zukunftsinvestitionen unterblieben.

Wir haben die Deutschen, die außerhalb des Bundesgebietes in ihrer Heimat leben, nicht vergessen. Wir stehen zu Ihnen bei ihrem Bemühen um Erhaltung ihrer kulturellen Eigenart, ihrer Gruppenrechte, ihrer Lebensperspektiven. Wer es in der Heimat nicht mehr aushalten kann, findet Aufnahme bei uns.

Die **föderale Ordnung** der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt. Aber die notwendige Kooperation der Länder untereinander und der Länder mit dem Bund darf nicht dazu mißbraucht werden, den Föderalismus auszuhöheln und die Kompetenzen der Länder immer weiter zu beschränken. Die CDU wird auch künftig darauf achten, daß im Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern das Subsidiaritätsprinzip strikt eingehalten wird.

Zu einer zukunftssicheren föderalen Ordnung gehören lebensfähige Länder. Schon jetzt zeigt die große Spannbreite und Unterschiedlichkeit der sechzehn Bundesländer im Bezug auf Größe, Struktur und Wirtschaftskraft, daß die Voraussetzungen für einen lebensfähigen Föderalismus nicht in allen Ländern gegeben sind. Der Neugliederungsauftrag des Grundgesetzes stellt sich daher als Folge der Einheit neu.

Zu einer zukunftssicheren föderalen Ordnung gehört auch ein funktionierender, gerechter **Länderfinanzausgleich**, wodurch die finanzstarken den finanzschwachen Ländern helfen. Baden-Württemberg als wirtschafts- und finanzstarkes Land wird durch die bisherige Praxis des Finanzausgleichs in

einer Weise benachteiligt, die für seine steuerzahlenden Bürger unzumutbar ist. Deshalb wird die CDU mit allen politischen und rechtlichen Mitteln für eine grundlegende Finanzverfassungsreform eintreten, die die jetzigen Ungerechtigkeiten beseitigt.

Das Subsidiaritätsprinzip muß auch auf **europäischer Ebene** stärker zu Geltung kommen. Dies ist umso wichtiger, als die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft in der internationalen Politik weiter wachsen wird. Europa muß eine Gemeinschaft sein, die für alle Regionen gleichwertige wirtschaftliche Voraussetzungen schafft. Wir wollen keinen bürokratischen Zentralismus, sondern ein vereintes Europa, das auf der Individualität seiner Bürger, seiner Kommunen, seiner Regionen und Völker aufbaut.

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes, exportorientiertes Land, ein starker Partner der internationalen Wirtschaft. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie die entschiedene Befürwortung der europäischen Integration sind daher ein Markenzeichen baden-württembergischer Politik.

Als Antwort auf die zentralistischen Tendenzen der Brüsseler EG-Bürokratie hat unser Land die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** am Oberrhein mit dem Elsaß und fünf Schweizer Grenzkantonen sowie mit den Anrainerstaaten des Bodensees aufgebaut. Dadurch können über Grenzen hinweg gemeinsame Probleme erörtert und gelöst werden, kann ein neues europäisches Lebensgefühl entstehen. Die regionale Arbeitsgemeinschaft, die Baden-Württemberg mit Rhone-Alpes, Katalonien und der Lombardei eingegangen ist, ist ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche und zukunftsorientierte internationale Zusammenarbeit unseres Landes.

Auf EG-Ebene tritt die CDU Baden-Württemberg entschieden dafür ein, daß die Länder bzw. Regionen der Mitgliedsstaaten in einem eigenständigen Regionalorgan vertreten sind und ein eigenständiges Initiativ- und Klagerecht erhalten. Sind die Kompetenzen der Länder berührt, muß diesen eine unmittelbare Teilnahme am EG-Ministerrat möglich sein. Der Übertragung von Zuständigkeiten der Länder auf internationale Organisationen muß künftig der Bundesrat zustimmen.

Für die CDU Baden-Württemberg sind darüberhinaus auf europäischer Ebene folgende Ziele vorrangig:

- im Rahmen einer europäischen Verfassung sollen die **Rechte des europäischen Parlaments** wesentlich gestärkt werden;
- Europa muß auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu gemeinsamem Handeln fähig sein. Die Hilflosigkeit der europäischen Staaten gegenüber dem Krieg in Jugoslawien hat die Dringlichkeit einer **politischen Union** verdeutlicht;

- Die EG und der Europarat müssen den jungen Demokratien **Mittel- und Osteuropas** tatkräftig helfen beim Aufbau einer stabilen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung;
- zum Schutz des Rechts auf Asyl ist eine **Harmonisierung der Asylpraxis** auf europäischer Ebene vorrangig. Das Problem der Armutsfüchtlinge und des Mißbrauchs kann nicht auf nationaler Ebene gelöst werden. Voraussetzung für eine Harmonisierung ist eine Ergänzung des Grundgesetzes, für die die CDU entschieden eintritt;
- Die EG muß ihre **Entwicklungshilfe** weiter verstärken, weil nur durch Hilfe vor Ort die Armutsprobleme der Welt bekämpft werden können. Das Land Baden-Württemberg wird auch in Zukunft im Vergleich zu den übrigen Bundesländern in der Entwicklungshilfe führend sein;
- Die **EG-Agrarpolitik** muß vorrangig dem Abbau der Überschüsse dienen und die ökologischen Erfordernisse stärker berücksichtigen. Die baden-württembergische Landwirtschaftspolitik, insbesondere die Ausgleichszahlungen für Ertragsausfälle als Folge von Umweltschutzaufgaben sowie der Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich sind vorbildlich und sollten daher auch Grundlage der europäischen Landwirtschaftspolitik werden;
- eine verbesserte grenzüberschreitende **Zusammenarbeit der Polizei** sowie die Schaffung eines Europäischen Kriminalamtes und einer europäischen Drogenpolizei sind unerlässlich, um international operierende Verbrecherbanden besser bekämpfen zu können;
- der Aufbau einer unabhängigen **Europäischen Zentralbank** ist im Zuge der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion notwendig. Voraussetzung ist, daß dadurch die erfolgreiche deutsche Stabilitätspolitik nicht gefährdet ist und eine europäische Währung so hart ist wie die DM;
- die Harmonisierung der **sozialen Grundrechte** innerhalb der EG ist eine Voraussetzung für den europäischen Binnenmarkt;
- die hohen deutschen **Umweltstandards** müssen auch auf europäischer Ebene verbindlich festgeschrieben und ein wirksamer Verbraucherschutz muß vereinbart werden.

Unsere Wirtschaft muß Spitze bleiben

Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren zu einer der erfolgreichsten Wirtschaftsregionen in Deutschland und Europa entwickelt. Bei uns wurden in den vergangenen Jahren die meisten Arbeitsplätze geschaffen, das höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftet, und unsere Bürger haben die höchsten Einkommen unter allen Flächenstaaten der Bundesrepublik. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist auch vorbeugende Sozialpolitik. Sie schafft die Voraussetzungen für eine konsequente Umweltpolitik.

Angesichts des zunehmend schärfer werdenden Wettbewerbs muß Baden-Württemberg als besonders exportstarkes Land den damit verbundenen erhöhten Anforderungen gewachsen sein. Deshalb bleiben die Sicherung und der Ausbau unserer starken Wettbewerbsposition eine Daueraufgabe der Wirtschaftspolitik. Dazu gehört es, die Wirtschaft nicht zu überfordern, den Strukturwandel zu fördern, den dynamischen Wettbewerb zu stärken, Anpassungshemmnisse abzubauen und neue Freiräume für die Wirtschaft zu schaffen.

Den Prinzipien der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft entspricht es, daß die Unternehmen mit den Herausforderungen eines schärferen Wettbewerbs, des Strukturwandels, technischen Innovationen aus eigener Kraft fertig werden müssen. Aufgabe staatlicher Politik kann es nur sein, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß die Unternehmen in der Entfaltung ihrer Leistungskraft nicht behindert, sondern gefördert werden.

Zur **Verbesserung der Rahmen- und Standortbedingungen** in Baden-Württemberg will die CDU:

- Den hohen Stand von **Wissenschaft und Forschung** erhalten und ausbauen, denn dies ist die Voraussetzung für verbesserte oder neue Produkte und Verfahren. Unser System des **Technologietransfers**, das insbesondere dem Mittelstand durch Beratung für neue Entwicklungen zugute kommt, ist vorbildlich. Forschung und Technologie sind nicht reserviert für Großunternehmen, sondern bei uns auch Helfer von Mittelstand und Handwerk.
- die **Förderung des Mittelstandes**, der das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft ist, konsequent fortsetzen durch Hilfen und Beratung beim Zugang zu Auslandsmärkten. Neben den Auslandsbüros in Japan und China werden wir neue im pazifischen und arabischen Raum einrichten. Gerade auch die mittelständischen Unternehmen brauchen Hilfe und Beratung bei Existenzgründungen und neuen Vertriebs- und Produktionszusammenschlüssen, um ihre Wettbewerbsposition zu stärken;

- den hohen Stand der **Bildung, Ausbildung und Weiterbildung** in Baden-Württemberg erhalten und den gewandelten Anforderungen anpassen, denn qualifizierte und leistungsfähige Mitarbeiter sind unverzichtbar für eine erfolgreiche Wirtschaft;
- ihre solide **Haushalts- und Finanzpolitik** mit niedriger staatlicher Verschuldung fortsetzen. Das Land Baden-Württemberg liegt bei der Höhe der Verschuldung im Vergleich zu anderen Bundesländern ganz weit hinten. In Zeiten knappen Geldes sind niedrige Zinsen und Preisstabilität für die Unternehmen eine wichtige Voraussetzung, um das für Investitionen benötigte Geld auf dem Kapitalmarkt zu bekommen. Die CDU setzt sich daher auf Bundesebene entschieden dafür ein, daß die öffentliche Verschuldung zurückgefahren und Subventionen schrittweise abgebaut werden;
- durch eine moderne **Verkehrspolitik** sicherstellen, daß bestehende Verkehrsprobleme beseitigt werden, denn gerade auch die Wirtschaft eines hochindustrialisierten Landes wie Baden-Württemberg ist in besonderem Maße auf ein leistungsfähiges, sicheres und umweltverträgliches Verkehrswesen angewiesen. Der Ausbau und die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes ist ebenfalls eine vorrangige Aufgabe künftiger Politik;
- eine sichere, ausreichende, umweltverträgliche **Energieversorgung** zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten gewährleisten. Für die Wirtschaft sind günstigere Strompreise wichtig, weshalb die CDU die Subventionen für die Kohleverstromung durch den Kohlepennig nicht über 1995 hinaus fortführen will;
- ihre erfolgreiche **Umweltpolitik** im Rahmen ihres Konzepts der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft fortsetzen, ohne die Wirtschaft zu überlasten. Wir brauchen nicht nur eine umweltverträgliche Wirtschaft, sondern auch eine wirtschaftsverträgliche Umweltpolitik. Die CDU Baden-Württemberg wird sich im Bund und innerhalb der EG entscheiden dafür einsetzen, daß die hohen baden-württembergischen Umweltstandards auch auf nationaler und europäischer Ebene übernommen und verbindlich festgeschrieben werden. Dies kommt der Umwelt zugute und trägt zur Chancengleichheit unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb bei;
- den **Wohnungsbau** mit Bundes- und Landesmitteln gezielt fördern. Wir haben die Wohnungsbaumittel von rund 250 Millionen auf eine Milliarde DM im Jahr 1992 erhöht. Allein im Jahre 1992 wird in Baden-Württemberg der Bau von über 18.000 neuen Wohnungen aus Landesmitteln unterstützt. In den Jahren 1990/91 wurden über 110.000 neue Wohnungen in Baden-Württemberg erstellt.

Damit liegt unser Land vorn in Deutschland. In den kommenden Jahren sollen jährlich etwa 70.000 Wohnungen gebaut werden. Damit werden die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt weitgehend beseitigt, zum Wohle aller Bürger.

- das Angebot an **Finanzdienstleistungen** verbessern. Neue Formen der Dienstleistung werden für Industrie und Handwerk immer wichtiger;
- auf Bundesebene zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen eine **Unternehmenssteuerreform** durchsetzen, die zu einer Senkung der Gewerbeertragssteuer für mittelständische Betriebe, zur Erhöhung des Freibetrages für Betriebsvermögen und zur Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung führt. Durch gezielte Abschreibungsverbesserungen in den Bereichen Forschung, Umweltschutz und Energieeinsparungen sollen den Unternehmen Erleichterungen gewährt werden;
- die Ausweitung von Teilzeitarbeit und von **flexibleren Arbeitszeiten** in der Wirtschaft weiterhin unterstützen. In der Wirtschaft muß die Auslastung teurer Maschinen und Einrichtungen gesichert sein, damit sie sich amortisieren. Noch werden teuerste Einrichtungen viel zu wenig genutzt, weshalb die Unternehmen oft nicht die finanzielle Kraft haben, um ihren Maschinenpark rechtzeitig zu erneuern.
- eine ungebremste weitere Erhöhung der **Lohnzusatzkosten**, soweit sie durch gesetzliche Maßnahmen verursacht ist, verhindern. Allerdings müssen auch die **Tarifpartner** prüfen, ob sie künftig in gleichem Umfang wie in der Vergangenheit Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, tarifliche Sozialleistungen vereinbaren können, ohne damit selbst zur Verschlechterung der Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft beizutragen. Die regionale und sektorale Differenzierung, flexiblere Arbeitszeiten und die Weiterbildung sollten bei Tarifabschlüssen der Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Der Verkehr muß fließen - aber umweltverträglich

Nach der Vereinigung Deutschlands sieht sich das Wirtschaftszentrum Baden-Württemberg einem stark erhöhten Verkehrsaufkommen gegenüber. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes wird diesen Trend weiter verstärken. Die Bewältigung der Verkehrsnachfrage zur Erhaltung der Mobilität von Menschen und Gütern ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere gute wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg und die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Das Auto und der Individualverkehr werden wegen ihrer Flexibilität auf absehbare Zeit die größte Last bei der Verkehrsbewältigung tragen.

Allerdings müssen sich alle Verkehrsteilnehmer künftig umweltverträglicher verhalten. Mit einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik wollen wir dafür die Voraussetzungen schaffen.

In Baden-Württemberg wurde als bisher erstem und einzigem Bundesland ein Verkehrsministerium geschaffen, um diese Zukunftsprobleme zu bewältigen. Unsere Verkehrspolitik hat zum Ziel, ein leistungsfähiges und umweltverträgliches Gesamtverkehrssystem aufzubauen.

Der noch vorherrschende Trend, immer mehr Verkehrsleistungen über die Straße abzuwickeln, muß gestoppt werden durch eine Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene, den öffentlichen Verkehr und die Binnenschifffahrt. Alle Verkehrsträger müssen künftig stärker im Verbund arbeiten. Mit ihrem **integrierten verkehrspolitischen Gesamtkonzept** will die CDU insbesondere erreichen:

- **Verkehrsvermeidung** durch städtebauliche und planerische Maßnahmen. Die Siedlungsentwicklung soll sich stärker an bestehenden oder geplanten Verkehrsstraßen und öffentlichen Verkehrssystemen orientieren. Stellplätze sollen nicht länger subventioniert werden.
- **Verkehrsverlagerung** von der Straße auf die Schiene durch den Ausbau des Schienenverkehrs. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, welches ein landesweites Schienenkonzept vorgelegt hat. Die CDU wird ihr Schienenkonzept durchsetzen und die Angebote für den kombinierten Ladungsverkehr systematisch verbessern und ausweiten. Weitere Streckenstilllegungen darf es grundsätzlich nicht geben.
- Den sechsspurigen Ausbau überlasteter Autobahnen und den Bau von Ortsumgehungen. Dabei gilt der Grundsatz: Ausbau geht vor Neubau.
- Den zügigen Ausbau des **Flughafens Stuttgart** mit einer optimalen Verkehrsanbindung durch den öffentlichen Nah- und Schienenverkehr. Die Nutzung früherer Militärflugplätze als Regionalflugplätze muß geprüft werden.
- Die Nutzung modernsten **Verkehrsmanagements**. Neue Kommunikationstechniken für eine verbesserte Lenkung von Verkehrsströmen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sind einzusetzen; dies ist auch eine Alternative zu einem starren Tempolimit.

Eine stärkere Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung wollen wir durch den kombinierten Einsatz unterschiedlicher Instrumente erreichen. Dabei denken wir vor allem an folgende Maßnahmen:

- Die zusätzlichen Mittel aus der Erhöhung der Mineralölsteuer sollen vornehmlich dem **öffentlichen Verkehr** zugute kommen, der leistungsfähiger, attraktiver und preiswerter werden muß;
- Mobilität ist vor allem in **Ballungsgebieten** ein knappes Gut. Die autogerechte Stadt wird es allerdings ebensowenig geben wie die autolose Stadt. Die Parkraumbewirtschaftung, Park and Ride, Benutzervorteile für Busse, Fahrräder und die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge sind z.B. weitere Maßnahmen, die wir in Kooperation mit den Kommunen erproben und umsetzen wollen, um den **öffentlichen Personennahverkehr** zu stärken. Die CDU hat ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Verkehrssituation in Baden-Württemberg vorgelegt, um den Schienenverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr weiter auszubauen.

Unsere verkehrspolitischen Ziele sind nur zu erreichen, wenn die erforderlichen Verkehrsprojekte schnell realisiert werden können. Die Regelungen des Gesetzes zum beschleunigten Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur sollen daher auf alle Bundesländer ausgeweitet werden. Wir brauchen das Verständnis und die Unterstützung der Bürger für den Ausbau der Verkehrswege und für schnellere Genehmigungsverfahren, die die Rechte der Bürger und Umweltstandards angemessen berücksichtigen.

Wirtschaftsland Baden-Württemberg: Vorbild im Umweltschutz

Wir haben Verantwortung zu übernehmen für die Vielfalt der Schöpfung. Pflanzen und Tiere sind Mitgeschöpfe, nicht bloße Werkzeuge des Menschen. Wir bekennen uns zur Ordnung einer **sozialen und ökologischen Marktwirtschaft**. Sie verbindet die Leistungsfähigkeit des Marktes mit dem sozialen Ausgleich und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen Wohlstand und Umweltschutz. Deshalb muß Baden-Württemberg auch künftig wirtschaftlich Spitze und gleichzeitig Vorbild im Umweltschutz sein. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher müssen so gestaltet werden, daß die Verhinderung ökologischer Schäden in ihrem wirtschaftlichen Eigeninteresse liegt. Die Nutzung marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente und das Konzept eines integrierten, vorsorgenden Umweltschutzes dienen diesem Ziel.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt die Solidarität über Grenzen und Generationen hinweg. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich daher zur Notwendigkeit eines **ökologischen Generationenvertrages**, der uns auffordert, die Folgen heutiger Entscheidungen für die künftige Generation zu berücksichtigen. Ebenso treten wir ein für das Prinzip der weltweiten Umweltpartnerschaft, in deren Folge auch Baden-Württemberg aufgefordert ist, sein technisches Wissen zur Bewältigung welt-

weiter ökologischer Probleme einzubringen. Wir können unsere Industriegesellschaft mit ihren großen Errungenschaften nur dann bewahren und fortentwickeln, wenn wir den Fortschritt in Wissenschaft, Forschung und Technologie nutzen, um ein Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das nicht mit mehr, sondern mit immer weniger Umweltbelastungen, mit weniger Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden ist. Deshalb ist eine **konsequente Umweltpolitik** für ein hochentwickeltes Industrieland wie Baden-Württemberg unverzichtbar. Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten haben umweltverträgliche Produkte und eine umweltverträgliche Technik Zukunft. Im Interesse des Umweltschutzes und der Chancengleichheit im Wettbewerb ist eine europäische Harmonisierung der Umweltvorschriften besonders wichtig.

Die CDU wird ihre erfolgreiche Umweltschutzpolitik konsequent fortsetzen und dabei folgende Schwerpunkte bilden:

- **Umweltüberwachung und Umweltforschung:** Eine vorsorgende Umweltpolitik braucht aktuelle und verlässliche Daten als Voraussetzung für zielgerichtetes Handeln. In Baden-Württemberg haben wir deshalb ein beispielhaftes Umweltinformationssystem aufgebaut, das weiter verbessert wird. Die praxisorientierte Umweltforschung in Baden-Württemberg, die auf den wichtigsten Gebieten des Umweltschutzes führend tätig ist, liefert die erforderlichen Erkenntnisse für die Verbesserung von Techniken und Verfahren zum Schutz der Umwelt.
- **Umweltverträgliche Energieversorgung:** Weil die weltweite Gefahr einer Aufheizung der Erdatmosphäre droht, ist eine Energieversorgung mit möglichst geringem CO₂-Ausstoß besonders wichtig. Der CO₂-Ausstoß liegt in Baden-Württemberg bereits 40% unter dem deutschen Durchschnitt. Durch eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen hat Baden-Württemberg eine Spitzenstellung bei der Erforschung, Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien erreicht. Mit Förderprogrammen werden Energiesparmaßnahmen und eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien verstärkt unterstützt.
- **Natur- und Biotopschutz:** Unsere vorbildliche Naturschutzkonzeption ist auch künftig die Leitlinie für die Sicherung wertvoller Lebensräume. Mit dem Biotopschutzgesetz wurden 33.000 Biotop unter unmittelbarem gesetzlichen Schutz gestellt. Wir wollen, daß weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen und Biotop miteinander vernetzt werden. In Brennpunkten der Naturschutzgebiete wollen wir Naturschutzzentren einrichten. Diese haben in Zusammenarbeit von Naturschutz, Landwirtschaft und Kommunen die Aufgabe der Information, Beratung und Pflege.
- **Bodenschutz:** Baden-Württemberg hat ein vorbildliches Bodenschutzprogramm und als erstes Bundesland ein Bodenschutzgesetz geschaffen.

Vorsorge gegen Bodenbelastungen, sparsamer Landverbrauch und eine geringere Versiegelung des Bodens sowie die Beseitigung von Schäden sind unsere Ziele. Durch unsere umweltorientierte Landwirtschaftspolitik fördern wir eine weniger intensive und eine umweltschonendere Landbewirtschaftung.

- **Grundwasser- und Gewässerschutz:** Die Anstrengungen zum Schutz unserer Gewässer haben sich gelohnt. Nach Jahrzehnten sind Fischarten wie Lachs und Forelle wieder in die Flüsse zurückgekehrt. Im bundesweiten Leistungsvergleich der Kläranlagen hat Baden-Württemberg eine Spitzenposition. Künftig geht es darum, durch eine dritte Reinigungsstufe die Überdüngung der Gewässer durch Nährstoffe wie Phosphor und Stickstoff gezielt zu verhindern. Mit einer Novellierung des Wassergesetzes soll der Wasserbau stärker an ökologischen Kriterien orientiert werden. Insbesondere sollen naturbelassene Gewässerrandstreifen erhalten bzw. geschaffen werden, wobei die Landwirte für Ertragsausfälle zu entschädigen sind. Bereits mit der Einführung des "Wasserpfennigs" hat Baden-Württemberg als erstes Land ein Interessenausgleich zwischen Trinkwasserschutz und Landwirtschaft herbeigeführt.
- **Luftreinhaltung:** Nach den großen Erfolgen bei der Reduzierung des Schadstoffausstoßes aus Kraftwerken wird eine vorsorgende Luftreinhaltungspolitik, welche die Luftqualität insgesamt verbessert, immer wichtiger. Schwerpunktmäßig sollen in Zukunft Benzindämpfe, die beim Tanken frei werden sowie die durch den Straßenverkehr verursachten Luftbelastungen drastisch verringert werden. Bis zum Jahr 2000 wollen wir gemeinsam mit der Automobilindustrie den Kraftstoffverbrauch der PKW drastisch reduzieren und den Anteil von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb erhöhen. Außerdem ist die Erarbeitung umfassender Luftreinhaltepläne in Ballungsgebieten, wie sie bereits für Mannheim, Stuttgart und Karlsruhe vorliegen, auch für andere Städte und Regionen erforderlich.
- **Lärmschutz:** Lärm ist das Umweltproblem, von dem sich die Bürger unseres Landes persönlich am stärksten belästigt fühlen. Die CDU will durch entsprechende Maßnahmen den Lärm an der Quelle wirkungsvoll bekämpfen durch eine Verbesserung der Lärmschutzvorschriften für Industrie und Gewerbe. Dazu gehört auch eine Verminderung des Verkehrslärms bei neuen Verkehrswegen, die Lärmsanierung an bestehenden Straßen- und Schienenwegen, sowie die Beschaffung lärmarmen Nutzfahrzeuge für die öffentliche Verwaltung.
- **Abfallbeseitigung:** Abfall ist die Kehrseite unserer Wohlstandsgesellschaft. Die Vermeidung sowie die Nutzung und Verwertung von Abfällen müssen daher das oberste Gebot für Wirtschaft und Verbraucher sein. Die Rangordnung in der Abfallwirtschaft muß lauten: Vermeidung, stoffliche Verwertung, thermische Verwertung, Deponierung des Restmülls.

Das neue Landesabfallgesetz hat die umweltorientierte Abfallwirtschaft zum Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2000 Haus- und Sondermüll um die Hälfte reduzieren, wozu auch gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes erforderlich sind.

Die neue Verpackungsverordnung des Bundes ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Rücknahmepflichten für abfallintensive und schadstoffhaltige Produkte, die Informationspflicht über umweltrelevante Eigenschaften und die Wiederverwertbarkeit von Produkten sind weitere Schritte, die wir auf Bundesebene anstreben.

Wer Abfälle produziert, muß dafür zahlen, sonst hat er kein Interesse an deren Vermeidung. Folgerichtig hat Baden-Württemberg als erstes Land eine Sondermüllabgabe auf Industrieabfälle eingeführt, die vom Bund und anderen Bundesländern übernommen wird. Die Einnahmen aus der Sonderabfallabgabe werden im Interesse der Umwelt für Maßnahmen der Sondermüllvermeidung und der Altlastenbeseitigung eingesetzt.

Auch bei einer noch so erfolgreichen Vermeidung und Wiederverwertung bleibt es erforderlich, den Restmüll ordnungsgemäß zu entsorgen. Die umweltverträgliche Müllverbrennung wird daher auch in Zukunft unverzichtbar sein. Baden-Württemberg wird daher zwei Sondermüllverbrennungsanlagen bauen, deren modernste Technik (wie z.B. Dioxin-cracker) eine unzumutbare Luftbelastung verhindern.

- **Gesundheit und Umwelt:** Gesundheitspolitik ist ein wesentlicher Teil einer freiheitlichen Gesellschaftspolitik und untrennbar mit der Umweltpolitik verknüpft. Umwelthygiene, Gesundheitsvorsorge sowie Gesundheits- und Ernährungserziehung auch als regulärer Bestandteil des Schulunterrichts, die Förderung von Eigenverantwortung und Gesundheitsbewußtsein der Bürger sind Schwerpunkte unserer Politik. Die Gesundheitsämter sollen zur Beobachtung, Erfassung und Bewertung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen befähigt sein. Die Erforschung der Umwelteinflüsse auf die menschliche Gesundheit soll intensiviert werden. Das neu geschaffene Landesgesundheitsamt wird die rasche Umsetzung von Forschungsergebnissen gewährleisten.

Der Heimat verpflichtet - Lebensqualität im ganzen Land

Baden-Württemberg zeichnet sich seit jeher durch ein beispielhaftes Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen industriellen Ballungsräumen und weniger stark besiedelten ländlichen Räumen aus. Diese Ausgewogenheit der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur und die kulturelle Vielfalt bestimmen ganz wesentlich die Dynamik, die Leistungskraft und die Attraktivität unseres Landes. Der wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Beitrag der ländlichen Regionen Baden-Württembergs ist für das Land unverzichtbar.

Die großen Zentren und Ballungsräume prägen das Gesicht Baden-Württembergs als Industrieland und müssen daher funktionsfähig und lebenswert erhalten werden. Dies erfordert den Ausbau der Verkehrssysteme. Die vorhandenen Freiflächen müssen geschützt und Industriebrachen genutzt werden. Sie sind wichtige Erholungsflächen inmitten des großstädtischen Trubels. Die Ballungsräume verfügen über die zentralen Kunst-, Kultur- und Sporteinrichtungen. Sie bieten damit ein attraktives Angebot für das ganze Land Baden-Württemberg.

Um die Ballungsräume funktionsfähig zu halten, ist die Regionalpolitik in besonderer Weise gefordert. Dies gilt sowohl für den Raum Mannheim/Heidelberg, den Raum Karlsruhe wie auch für die Region Stuttgart. Die Regionen müssen weiterhin entwicklungs- und wachstumsfähig bleiben, wenn sie im europäischen Wettbewerb bestehen wollen.

Ziel der CDU ist die freiwillige, partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kommunen zum Wohle der Bürger. Regionales Denken muß in vielen Fällen das rein lokale Denken ablösen oder zumindest ergänzen. Es geht auf die Dauer einer Stadt in der Region nicht gut, wenn die Attraktivität der gesamten Region nachläßt.

Die CDU Baden-Württemberg wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß ein Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Räumen stattfindet und die Menschen in ihrem Umfeld vergleichbare Chancen und die gleiche Lebensqualität vorfinden. Das gilt auch für jene deutschen Aussiedler, die wir aufnehmen. Die CDU hat durch ihre Landwirtschaftspolitik und ihre Strukturpolitik für den ländlichen Raum die Abwanderung aus dem ländlichen Raum gestoppt und sogar umgekehrt.

Perspektiven für die Landwirtschaft - Landbewirtschaftung sichern

Eine modernes Industrieland wie Baden-Württemberg ist ohne bäuerliche Landwirtschaft nicht denkbar und nicht überlebensfähig. Die CDU bekennt sich zur Solidarität mit den Bauern. Vorrangiges Ziel ihrer Politik ist es, die

bäuerlichen Familienbetriebe zu stärken, um auch künftig eine flächen-deckende, umweltfreundliche Bewirtschaftung zu sichern. Strukturwandel wird es auch in Zukunft geben. Die CDU wird ihn durch ausbildungs- und sozialpolitische Maßnahmen begleiten. Die in Generationen gewachsene enge Bindung der bäuerlichen Familien an den Boden

- sichert einen pfleglichen Umgang mit dieser wichtigen Lebensgrundlage,
- verhindert das Entstehen von großflächigen Monokulturen,
- erhält unsere vielgestaltige Kulturlandschaft in ihrem abwechslungsreichen Erscheinungsbild.

Die CDU Baden-Württemberg befürwortet eine Vielfalt der betrieblichen Größen und Strukturen. Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe müssen sich gleichermaßen entwickeln können. Es müssen verlässliche Perspektiven für die bäuerlichen Familienbetriebe geschaffen werden.

Die CDU hat der Agrarpolitik eine **neue Orientierung** gegeben. Gefördert werden soll nicht die weitere Produktionssteigerung, sondern die umweltfreundliche, eine den Naturhaushalt und den Boden schonende Landbewirtschaftung. Die Förderung der von Natur aus benachteiligten Gebiete ist ebenfalls ein wichtiger Teil des CDU-Konzepts.

Um diese Ziele zu erreichen, hat das Land Baden-Württemberg insbesondere folgende **Förderschwerpunkte** festgelegt, die es auch in Zukunft weiterverfolgen wird:

- Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile für die Nutzungsbeschränkung bei der Bodenbewirtschaftung in Wasserschutzgebieten, der über einen Solidarbeitrag der Wasserbenutzer und -verbraucher finanziert wird (**Wasserpfennig**);
- Ausgleich für Bewirtschaftungsnachteile aufgrund der geographischen und topographischen Lage (**Ausgleichszulage**);
- Förderung für **junge Landwirte**, die neu einen Hof übernommen haben;
- Ausgleich von Einkommensverlusten durch EG-Beschlüsse unter sinnvoller Umstellung und Anpassung der Produktion und der Unternehmensform (**Existenzstützungsprogramm**);
- Förderung extensiver Grünlandnutzung in benachteiligten Gebieten aus ökologischen Gründen (**Grünlandprogramm**);

- Sicherstellung der Waldbewirtschaftung in Gebieten mit geringer Ertragsfähigkeit und erschwerten Bewirtschaftungsmöglichkeiten (**Ausgleichszulage Wald**);
- Ausgleich für Flächenstillegungen und die Erzeugung geringerer Mengen auf gleicher Fläche (**Extensivierung**);
- Ausgleich für **Nutzungsbeschränkungen** im Interesse der Landschaftspflege und des Biotop- und Artenschutzes;
- Einführung eines **Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichs** (MEKA) als flächenbezogene, betriebliche Prämie für die bisher kostenlos erbrachten Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zur Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft. Mit diesem neuen Programm, das als Modellprojekt von der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft unterstützt wird, erhalten die Landwirte eine weitere Einnahmequelle.

Die Landwirtschaft muß in der Einkommensentwicklung eine im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ähnliche Perspektive erhalten.

Neben der Fortführung und Verbesserung dieser erfolgreichen Förderprogramme richten sich künftig unsere Anstrengungen auf:

- die **Erzeugung nachwachsender Rohstoffe**, weil diese zur Reduzierung der Luftbelastung und der landwirtschaftlichen Überproduktion beitragen und fossile Energien schonen. Dabei reicht es nicht aus, die Möglichkeiten der Verwendung nachwachsender Rohstoffe zu erforschen, sondern auch der Absatz muß dort gefördert werden, wo er als Alternative zum Erdöl oder zu Kohle sinnvoll ist;
- die weitere **Verbesserung des Arbeitsplatzangebots** im ländlichen Raum, denn besonders Neben- und Zuerwerbslandwirte sind darauf angewiesen, einen Arbeitsplatz in der Nähe ihres Hofes zu finden;
- die **Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Bildungswesens**, insbesondere der Fachschulen für Landwirtschaft, damit die Landwirte und Bauern den künftigen Anforderungen einer umweltschonenden Landwirtschaft besser gerecht werden können.
- Die **Reform der landwirtschaftlichen Altershilfe** durch die sozialrechtliche Gleichstellung der Ehegatten in landwirtschaftlichen Unternehmen. Vorrangig sind ein eigenständiger Altersgeldanspruch für Bäuerinnen und Hinterbliebenenleistungen beim Tod der Bäuerin.

Die europäische Agrarpolitik muß zum Marktgleichgewicht führen, die ökologischen Belange stärker berücksichtigen und zu einer vernünftigen Weiterentwicklung der Betriebseinkommen beitragen. Mit dem Abbau der Überschüsse und den damit verbundenen Einsparungsmöglichkeiten bei den Marktordnungskosten können die agrar- und finanzpolitischen Spielräume für produktionsunabhängige Einkommen geschaffen werden.

Ländlicher Raum

Die CDU wird das **Dorfentwicklungsprogramm** und das **Strukturprogramm ländlicher Raum** fortführen. Ziele unserer Politik sind:

- Erhaltung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze;
- Öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen müssen auch im ländlichen Raum in zumutbaren Zeiten erreichbar sein;
- attraktive Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie ein differenziertes kulturelles Angebot sind für den ländlichen Raum unverzichtbar;
- die Verkehrsinfrastruktur muß verbessert und der flächendeckende schienengebundene Personenverkehr beibehalten werden;
- der Forschungs- und Technologietransfer sowie eine entsprechende Beratung der mittelständischen Unternehmen muß weiter ausgebaut werden, damit diese auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Sicherheit schützt Freiheit

Die Erhaltung des inneren Friedens, von Sicherheit und Freiheit sind ein zentrales Anliegen der CDU. In einem demokratischen Rechtsstaat müssen die Bürger frei und sicher leben können. Haben Bürger den Eindruck, daß der demokratische Rechtsstaat nicht verteidigungsbereit ist und nicht im notwendigen Maße gegen Bedrohungen der inneren Sicherheit vorgeht, werden sie sich von ihm abwenden. Eine konsequente Politik zum Erhalt der inneren Sicherheit ist ein wichtiger Beitrag für die Bewahrung unserer Demokratie.

In den letzten Jahren haben die Gewaltkriminalität, die organisierte Kriminalität und das international organisierte Verbrechen erheblich zugenommen. Die organisierte Kriminalität erfaßt zunehmend alle Kriminalitätsfelder, in denen sich schnell große Profite erzielen lassen: Rauschgifthandel, Eigentumskriminalität, Hehlerei, Wirtschaftskriminalität, illegales Glücksspiel, Einschleusung von Ausländern. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und des weiterhin gefährlichen Terrorismus werden daher in den nächsten Jahren besondere Bedeutung haben. Insbesondere wollen wir:

- Die Schlagkraft der Polizei und der Justiz zur Bekämpfung der **organisierten Kriminalität** durch organisatorische Verbesserungen weiter verstärken. Beispiele hierfür sind die Einrichtungen von speziellen Dezernaten "Bandendelikte/organisierte Kriminalität" bei den Polizeipräsidien, Polizeidirektionen und Staatsanwaltschaften sowie die Stärkung der Zentralstellenfunktion des Landeskriminalamtes;
- den **Drogen- und Rauschgiftmißbrauch** durch verdeckte Ermittlungen gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität gezielt bekämpfen und durch regelmäßige Kontrollen den örtlichen Kleinhandel mit Drogen erschweren;
- die Möglichkeiten des im letzten Jahr von uns **verbesserten Landespolizeigesetzes** gezielt zur Verbrechensbekämpfung nutzen. Dazu gehört die systematische Sammlung von Daten zur vorbeugenden Abwehr von Gefahren oder zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, auch unter Einsatz verdeckter Ermittler bzw. verdeckter technischer Mittel zur Aufzeichnung des gesprochenen Wortes. Für die CDU hat die Verbrechensbekämpfung im Zweifel Vorrang vor den Rechten der Straftäter. Im Notfall muß deshalb ein Schwerverbrecher mit einem gezielten Schußkampf fähig gemacht werden können, wenn dies nach sorgfältiger Güterabwägung das einzig mögliche Mittel ist, um einen rechtswidrigen Angriff auf Leib, Leben oder Freiheit von Personen abwehren zu können;
- die personelle und finanzielle **Situation der Polizei** durch Schaffung zusätzlicher Stellen und angemessener Beförderungsmöglichkeiten verbessern. Der Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei wird in den nächsten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Das Land hat in den letzten Jahren über 1.000 neue Stellen für die Polizei geschaffen und über 10.000 Polizeibeamte befördert. Die CDU wird sich weiterhin auf Bundesebene mit Nachdruck für die Einführung einer allgemeinen Ballungsraumzulage einsetzen.
- die Bekämpfung der **Umweltkriminalität** verbessern;
- das zusammen mit dem Land Bayern im Bundesrat eingebrachte "**Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität**" durchsetzen. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes würden die Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit erhalten, durch die Abschöpfung von Verbrechensgewinnen, die Verhinderung von Geldwäsche sowie die verbesserten Möglichkeiten für verdeckte Ermittlungen das organisierte Verbrechen erfolgreicher zu bekämpfen;
- die grenzüberschreitende und **internationale Zusammenarbeit** im Bereich der Verbrechensbekämpfung erheblich verbessern. Die verbesserte Zusammenarbeit der Polizeibehörden im grenznahen Bereich, die Einrichtung eines "Europäischen Kriminalamtes" auf EG-Ebene dienen diesem Ziel.

Innere Sicherheit setzt äußere Sicherheit voraus.

Ziele unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind die Friedenserhaltung und Kriegsverhinderung, aber auch der Schutz vor politischer, wirtschaftlicher und militärischer Erpressung.

Für die CDU Baden-Württemberg bleibt die NATO als transatlantische Werte- und Verteidigungsgemeinschaft das Rückgrat unserer Sicherheit.

Eine gute Ausbildung sichert jungen Menschen Zukunft

Baden-Württemberg hat unter Führung der CDU durch enorme Investitionen in den Bildungsbereich eine Spitzenstellung in der quantitativen und qualitativen Unterrichtsversorgung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Unser Land hat ein flächendeckendes Netz an Bildungseinrichtungen, das jedem unabhängig von seinem Wohnort die gleichen Bildungschancen sichert. Die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes und der damit verbundene Wettbewerb der Bildungssysteme, die wieder ansteigenden Geburtenzahlen, der Wanderungsgewinn und die gesellschaftlichen Veränderungen bedeuten neue Herausforderungen für das Bildungssystem.

Der Erhalt und der weitere Ausbau des hohen Standards unseres Bildungswesens und die Förderung von Kreativität, Flexibilität, Selbständigkeit, Eigeninitiative und Verantwortungsbereitschaft sind unabdingbare Voraussetzungen, um die Zukunftschancen der jungen Generation zu wahren.

Baden-Württemberg wird das dreigliedrige Schulsystem beibehalten und fortentwickeln. Es bietet die besten Voraussetzungen dafür, den individuellen Begabungen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gesellschaft gleichermaßen gerecht zu werden. Es garantiert, daß die Schüler nicht überfordert werden und ermöglicht zugleich Übergänge in andere Schularten, so daß einmal getroffene Entscheidungen über den jeweiligen Bildungsweg korrigiert werden können.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Weichen stellen für eine Bildungspolitik, die sich an den Herausforderungen der Zukunft orientiert und ihnen gerecht wird. Dazu gehören insbesondere:

- Die anstehende **Lehrplanfortschreibung** muß den Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden. Angesichts der mit dem aktuellen Wissenszuwachs einhergehenden Entwertung vorhandenen Wissens kommt einer breit angelegten Grundbildung und der Förderung von methodischen und sozialen Kompetenzen eine immer größere Bedeutung zu. In Zukunft wird deshalb der fächerverbindende Unterricht weiter intensiviert werden.

Die neuen Lehrpläne werden sich mehr an den Lernfortschritten der Kinder in der jeweiligen Altersstufe und weniger am Kanon der einzelnen Fachdisziplinen orientieren. Im Zuge einer Überarbeitung der Lehrpläne muß auch geprüft werden, ob die Schüler durch eine Kürzung der Stundentafel entlastet und der schulfreie Samstag allgemein eingeführt werden kann.

Notwendig ist es, im Unterricht verstärktes Gewicht auf erweiterte Lernformen, wie z.B. entdeckendes Lernen, Teamarbeit oder soziales Lernen zu legen. Bildungsarbeit muß sich insbesondere auch der Charakter- und Persönlichkeitsbildung annehmen.

- Sprachkenntnisse werden künftig immer wichtiger. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Schülern das Erlernen von Fremdsprachen zu ermöglichen. Dies sollte verstärkt auch in pädagogisch angemessener Form bereits in der Grundschule, aber auch in den Berufsschulen erfolgen. Wir werden auch internationale Austauschprogramme von Bildungseinrichtungen sowie den Aufbau von europäischen Studiengängen an den Hochschulen fördern.
- Zu einer optimalen sonderpädagogischen **Förderung behinderter Kinder** gehört auch die Intensivierung der Begegnungen von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Baden-Württemberg hat hierzu ein Kooperationsmodell entwickelt, das am Wohl des Kindes orientiert ist und behutsam weiterentwickelt werden soll.
- Wir setzen uns für die Einrichtung einer **Landesschülervertretung** ein, weil dadurch Jugendliche frühzeitig zu einer eigenverantwortlichen und verantwortungsbewußten Vertretung ihrer Interessen angeleitet werden. Gleichzeitig befürworten wir die Stärkung der Elternmitwirkung an unseren Schulen.
- In Deutschland verbringen Schüler und Studenten längere Zeit auf Schulen und Hochschulen und sie treten deutlich später ins Erwerbsleben ein, als ihre Altersgenossen in anderen europäischen Ländern. Dieser Entwicklung werden wir nicht tatenlos zusehen. Das Ziel der **Verkürzung von Ausbildungszeiten** läßt sich durch eine Straffung von Lehrplänen und durch die Vernetzung von Fächern im Rahmen eines pädagogischen Gesamtkonzepts erreichen, ohne dadurch einen Niveauverlust hinnehmen zu müssen.
Baden-Württemberg hat an bisher vier Standorten einen Schulversuch an allgemeinbildenden Gymnasien durchgeführt, der für besonders motivierte und befähigte Schüler in acht Jahren zum bewährten, hohen Niveau unseres Zentralabiturs führt.

Bei der Verkürzung der Ausbildungszeiten sind insbesondere die Universitäten gefordert.

Hier muß die personelle und materielle Ausstattung so sein, daß die Einhaltung der Regelstudienzeit auch tatsächlich eingefordert werden kann. Mit ihrem Sonderprogramm für die Verbesserung von Forschung und Lehre an den Universitäten und Maßnahmen zur Erhöhung der studentischen Wohnheimplätze hat die Landesregierung eine erste Antwort auf diese Herausforderung gegeben. Außerdem sind Verbesserungen in der Lehre und die Konzentration der Studieninhalte auf das Wesentliche erforderlich. Wir werden neben den Universitäten die Berufsakademien und Fachhochschulen weiter ausbauen.

Wir bekennen uns zum **dualen System der Berufsausbildung**. Wir benötigen genügend hochqualifizierte Facharbeitskräfte, die den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs gewachsen sind. Deshalb müssen wir attraktive Angebote auch für die Lehrenden an Berufsschulen machen und den Austausch mit der Praxis fördern.

Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in Mangelfächern des berufsbildenden Schulwesens sollen die benötigten Lehrer durch besonders attraktive Bedingungen gewonnen werden, damit auch bei steigenden Schülerzahlen in Baden-Württemberg die traditionell gute Unterrichtsversorgung garantiert wird.

Die allgemeine, berufliche und politische **Weiterbildung** wird zunehmend zum vierten Standbein der Bildung. Sie ist vorrangig eine Aufgabe der freien Träger. Der Staat hat hierzu jedoch die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein flächendeckendes, differenziertes Gesamtangebot entstehen kann.

Besonders auch Jugendliche sind durch **Drogenmißbrauch** gefährdet. Die Politik der CDU verfolgt das Ziel, Suchtabhängige wieder zu einem autonomen, eigenverantwortlichen Leben zu befähigen. Die staatlich organisierte Abgabe von Drogen lehnt die CDU ab, denn dies würde eine Kapitulation vor dem Drogenproblem bedeuten. Damit werden Abhängige in die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit zurückgestoßen.

In Baden-Württemberg besteht ein flächendeckendes Netz an psycho-sozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und Suchtkranke, das mit Unterstützung der Verbände und der Kommunen weiter ausgebaut werden soll. Schwerpunkte sind dabei die Einrichtung von Jugend- und Drogenberatungsstellen, die Verstärkung der aufsuchenden Arbeit und mehr Therapieplätze für Drogenabhängige.

Verantwortung für behinderte Menschen

Eine an christlicher Menschenliebe und Humanität ausgerichtete Solidargemeinschaft trägt Verantwortung für ihre behinderten Menschen. Die Hilfsangebote durch soziale Einrichtungen und Dienste für Behinderte haben in Baden-Württemberg einen hohen Stand. Die CDU tritt dafür ein, dieses Leistungsniveau bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die weitere Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse Behinderter im Städte- und Wohnungsbau, in der Verkehrspolitik und in der beruflichen Bildung.

Die Frühförderung, die sich an Behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder von der Geburt an wendet und die der Familie - insbesondere der Mutter - Unterstützung, Stabilisierung, Beratung und Anleitung bietet, muß weiterentwickelt werden. Die Hilfen für Behinderte sollen durch das Netz von Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken und Werkstätten für Behinderte ausgebaut werden.

Die CDU zollt der Familie, in der Kinder und Jugendliche aufgrund einer Behinderung der dauernden Pflege durch einen Familienangehörigen, insbesondere der Mutter, bedürfen, ein hohes Maß an Anerkennung. Diese Familienarbeit soll durch den schrittweisen Ausbau der Anerkennung von Pflegezeiten in der Sozialversicherung angemessen gewürdigt und durch die Einrichtung einer Pflegeausbildung des pflegenden Familienangehörigen unterstützt werden.

Für eine lebendige Kulturgesellschaft

Baden-Württemberg ist ein Land mit einer großen kulturellen Vielfalt und einem großen Reichtum kulturellen Schaffens. Die CDU will diese Vielfalt erhalten und eine Atmosphäre fördern, in der sich Kreativität, Fantasie und künstlerische Freiheit entfalten können.

Kunst und Kultur sind Ausdrucksformen, die elementar zum Menschen gehören und ohne die eine Gesellschaft arm wäre. Kunst und Kultur werden immer selbstverständlicher ein natürlicher Lebensbestandteil aller Schichten der Bevölkerung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Deshalb muß der Staat Kunst und Kultur fördern - behutsam, mit Respekt vor ihrer Freiheit und Eigenständigkeit und ohne Einflußnahme auf ihre Inhalte.

Zur umfassenden Persönlichkeitsbildung tragen neben der Schule, der Hochschule und der Weiterbildung die außerschulische Jugendbildung, die Aktivitäten der Jugendverbände, der Vereine, der Musikschulen und der Jugendkunstschulen bei.

Die vorbildliche Kunstkonzeption des Landes zur Weiterentwicklung der Kunstlandschaft Baden-Württembergs und die Leitlinien der CDU Baden-Württemberg bleiben für die CDU auch in Zukunft die Richtschnur ihres kulturpolitischen Handelns. Zu den Grundsätzen christlich-demokratischer Kunst- und Kulturpolitik gehört die Förderung von etablierter und alternativer Kunst, von Spitzen- und Breitenkunst, die Förderung kultureller Aktivitäten im außerschulischen Bereich und zur Pflege des Heimaterbes der Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen sowie die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit. Kunst und Kultur bedürfen im ländlichen Raum einer besonderen Förderung.

Folgende kulturpolitisch bedeutsame Projekte und Ziele des Landes sind besonders hervorzuheben:

- Die landesunmittelbare **”Stiftungsakademie Schloß Solitude”** fördert insbesondere jüngere, besonders begabte Künstler;
- Die staatlichen **Musikhochschulen** werden systematisch ausgebaut;
- Der Aufbau des **”Zentrums für Kunst- und Medientechnologie”** sowie der Aufbau einer **Hochschule für Gestaltung** gewährleistet in Forschung und Lehre die Verbindung der traditionellen Künste mit den neuen Medien;
- Der Stärkung des Medienstandorts Baden-Württemberg dient die Einrichtung einer **Filmakademie**, deren Lehr- und Studienangebot systematisch ausgebaut wird;
- Baden-Württemberg ist nicht nur das hochschul- sondern auch das **mu-seumsreichste Land** der Bundesrepublik mit nicht weniger als 900 öffentlich zugänglichen Museen. Das vorhandene Angebot wurde und wird ausgebaut;
- Durch eine Reihe von Sonderprogrammen werden besonders hochwertige **Kultur- und Baudenkmale** durch gezielte Förderung vor dem Verfall bewahrt und Umweltschäden an Kulturdenkmälern gezielt beseitigt.
- In der Förderung der **Musikschulen** ist das Land unter den Flächenstaaten führend und beispielgebend. Dazu gehört auch die Förderung von Hochbegabten in einem System von Wettbewerben und landeszentralen Ensembles. Die CDU sieht die **Jugendkunstschulen** als einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Kulturgesellschaft.

Die zahlreichen musisch-kulturellen Vereine in Baden-Württemberg bieten jedem die Möglichkeit, sich in seiner freien Zeit aktiv künstlerisch zu betätigen. Sie bilden eine breite Grundlage für das kulturelle Leben in unserem Land.

Die kulturelle, musische, soziale und sportliche Betätigung in einem Verein ist für uns Ausdruck unverzichtbaren bürgerschaftlichen Gemeinsinns. Die Förderung der Vereine ist daher auch in Zukunft für die CDU eine zentrale Aufgabe.

Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft. Der Sport in der Schule und Hochschule sowie in den Organisationen der Sportselbstverwaltung dokumentiert den ganzheitlichen Bildungsansatz. Der Sport erfüllt wichtige soziale und erzieherische Aufgaben. Er fördert insbesondere die Begegnung zwischen den Menschen und Völkern.

Es war bisher schon Grundsatz der Förderpolitik des Landes, die dafür notwendigen Voraussetzungen und Einrichtungen zu schaffen. Die großzügige Förderung von Spitzen- und Breitensport gehört zu den Traditionen unseres Landes. Ihr verdankt Baden-Württemberg seine Spitzenstellung im Ländervergleich. Das Land wird auch weiterhin den Sport in allen Bereichen gezielt fördern, um das qualitativ hohe Niveau halten zu können; insbesondere gilt dies für den Schulsport, das Kooperationsprogramm "Schule/Verein", den Behindertensport, den Freizeit- und Breitensport sowie den Leistungssport.

Kinder sind das Beste und Wertvollste, was wir haben

Die Familie ist die Keimzelle einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft. Sie ist die Gemeinschaft, in der die Grundlagen für eine selbständige Persönlichkeit gelegt werden. In der Familie werden die Werte vermittelt, die ein menschenwürdiges Zusammenleben, gegenseitiges Vertrauen, Verantwortung, Zuwendung zu den Mitmenschen und Nächstenliebe ermöglichen.

Deshalb hat die CDU die Familie in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftspolitik gerückt. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Auf der Grundlage einer erfolgreichen Bilanz wird die CDU in der nächsten Legislaturperiode den eingeschlagenen Weg weitergehen und neue Akzente setzen.

Die Leistungen, die wir in Baden-Württemberg für Familien und für Kinder geschaffen haben, sind bundesweit vorbildlich und beispielhaft:

- In den Jahren 1988 bis Ende 1991 wurden etwa 4,4 Milliarden DM für **familienfördernde Hilfen** ausgegeben. Allein im Vergleich der Jahre 1988 und 1991 haben sich die finanziellen Hilfen für die Familien von rund 743 Millionen DM auf rund 1,4 Milliarden DM im Jahr verdoppelt.

- Wir haben auf Bundesebene zahlreiche familienpolitische Leistungen auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel Erziehungsurlaub und Bundeserziehungsgeld. Die bundesweit vorbildliche Ergänzung des Bundeserziehungsgeldes durch unser **Landeserziehungsgeld** ermöglicht es einem Elternteil, sich drei Jahre lang ohne unzumutbare finanzielle Einschränkungen und mit Wiederbeschäftigungsgarantie der Erziehung des Kindes zu widmen.
- Wir sorgen in Baden-Württemberg nicht nur für die klassische Familie, sondern unsere Sorge gilt auch der zunehmenden Zahl von **Alleinerziehenden** mit ihren Kindern. Derzeit nehmen landesweit über 5.000 alleinerziehende Mütter unser bundesweit einmaliges Landesprogramm "Mutter und Kind" in Anspruch, wodurch es jungen Alleinerziehenden ermöglicht wird, sich bis zum Kindergartenalter der Erziehung ihres Kindes zu widmen.
- In der **Kindergartenbetreuung** ist Baden-Württemberg führend unter den westlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland: Wir haben für über 90% Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergartenplatz. Das Land hat im Zeitraum von 1988 bis Ende 1991 mehr als eine Milliarde DM zur Förderung der Kindergartenplätze ausgegeben. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt auf Bundesebene die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz.

Und so werden wir das Erreichte sichern und ausbauen:

- Die **Ganztagsangebote der Kindergärten** wollen wir in den nächsten fünf Jahren um 10.000 Plätze auf insgesamt 21.000 Plätze erhöhen, ebenso die Zahl der Kindergartenplätze mit flexiblen Öffnungszeiten von 11.000 um 25.000 auf 36.000 Plätze.
- Den Ausbau der **schulbegleitenden Betreuung von Kindern** werden wir insbesondere für berufstätige Eltern sowie für Alleinerziehende durch unsere Programme "Kernzeitenbetreuung an Grundschulen" und "Kinderhorte an der Schule" fördern. Im Endausbau streben wir landesweit eine flächendeckende und bedarfsgerechte Einrichtung der Kernzeiten- und Hortbetreuung an.
- Unsere Wohnungsbauförderung ist ganz überwiegend auf die Schaffung von **Wohnraum für Familien mit Kindern** ausgerichtet. Für junge Familien haben wir einen besonderen Wohnungsbaufonds eingerichtet.
- Die CDU will verstärkt beitragen zu einer **familienfreundlichen Nachbarschaft und Lebenswelt**. Dazu gehören die Förderung von Eltern-Kind-Initiativen, Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfeeinrichtungen von Müttern (Mütterzentren), Modellvorhaben für altersübergreifende Be-

treuungsmöglichkeiten, sowie für eine bessere Verkehrssicherheit für Kinder, Maßnahmen für einen familiengerechten Städtebau. Maßnahmen und Hilfen, die wir im Interesse der Gesundheit unserer Kinder ergriffen haben, wie zum Beispiel die vorbildliche Gesundheitserziehung, wollen wir fortsetzen.

- Die wirtschaftliche Situation der Familien wollen wir durch einen gerechten **Familienlastenausgleich** weiter verbessern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, daß der Kinderfreibetrag von derzeit 3.024 DM künftig auf die Höhe des Existenzminimums von mindestens 6.000 DM angehoben wird. Das Kindergeld soll auf Familien konzentriert werden, die nicht oder nur teilweise die steuerlichen Freibeträge nutzen können. Entsprechend werden wir die Hilfen für Alleinerziehende bedarfsgerecht ausbauen.
- Die Aufwertung der Familienarbeit wollen wir durch den schrittweisen Ausbau der **Anerkennung von Kindererziehungszeiten und von Pflegezeiten** in der Sozialversicherung, insbesondere bei der Alterssicherung, weiter vorantreiben. Seit Januar 1992 werden für neugeborene Kinder drei Jahre als Versicherungszeit in der Rentenversicherung angerechnet.
- Kindern, die körperliche oder seelische Gewalt oder sexuellen Mißbrauch erleiden, muß in einem möglichst frühen Stadium Hilfe zuteil werden. In ihrem Interesse muß diese Hilfe auch den Angehörigen angeboten werden, selbst wenn sie Täter oder mitschuldig sind. Angesichts der beträchtlichen Dunkelziffer über das wirkliche Ausmaß von **Gewalt gegen Kinder** ist es unerläßlich, Erzieherinnen, Lehrer, Ärzte und Jugendämter durch Fortbildungsangebote zu befähigen, Kindesmißhandlungen zu erkennen und den betroffenen Kindern zu helfen. Dazu sollen auch neuartige Hilfeangebote wie beispielsweise Kinderschutzzentren sowie Eltern- und Kindersorgentelefon erprobt werden.

Mit diesen Maßnahmen und mit seinen Beratungs-Richtlinien leistet Baden-Württemberg einen wichtigen Beitrag auch zum Schutz des Lebensrechts ungeborener Kinder in unserem Land.

Mit den Frauen Gleichberechtigung durchsetzen

Nie hatten Mädchen und Frauen so gute Chancen wie heute, und in keinem anderen Bundesland können sie bei der Verwirklichung ihrer Lebensperspektiven so sehr auf die Hilfe und auf die Unterstützung des Staates zählen wie hier in Baden-Württemberg. Und das gilt unabhängig davon, ob sie sich für die Familie, für den Beruf oder für eine Verbindung von Familie und Beruf entscheiden.

Dennoch bleibt viel zu tun: Noch immer ist die Gleichberechtigung in der Praxis der Arbeitswelt nicht verwirklicht. Nach wie vor sind Frauen in Führungspositionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterrepräsentiert. Um das Ziel der Gleichberechtigung von Frauen im Lebensalltag zu sichern, ist die Unterstützung der Männer und aller gesellschaftlicher Gruppen erforderlich.

Im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf sind Frauen in erheblich stärkerem Maße als Männer beansprucht; sie haben deshalb auch einen besonderen Anspruch auf die Hilfe und Unterstützung des Staates, damit sie Familie und Beruf besser als bisher vereinbaren können.

Die Frauenpolitik der CDU läßt sich von der Überzeugung leiten, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, Frauen oder Männern ein bestimmtes Rollenbild vorzugeben. Die CDU setzt sich vordringlich dafür ein, daß die Leistungen von Frauen in der Familie und bei der Erziehung der Kinder große Wertschätzung und Anerkennung finden. Die Zahl der Frauen, für die der Beruf zu einem selbstverständlichen Bestandteil ihrer Lebensperspektive geworden ist, wächst. Die CDU verfolgt daher das politische Ziel, durch eine umfassend angelegte, integrierte Gesellschaftspolitik dazu beizutragen, daß Frauen und Männer Familie und Arbeitswelt besser als bisher verbinden können.

Durch die Errichtung einer eigenen Abteilung Frauen im Sozialministerium erhält die Frauenpolitik in Zukunft ein noch größeres Gewicht.

Die Frauenförderung der CDU wird sich in den nächsten Jahren auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Förderung von **Mütterinitiativen und Mütterzentren** in Baden-Württemberg;
- Ausbau der Beratung und der Hilfen für die Rückkehr und die **Wiedereingliederung in den Beruf** nach der Familienphase;
- **Weiterbildung** sowohl für berufstätige Frauen als auch für Mütter, die sich der Kindererziehung widmen, insbesondere im Bereich neuer

Kommunikations- und Informationstechnologien, damit Frauen bei diesen zukunfts-trächtigen Arbeitsplätzen nicht benachteiligt werden. Durch Fortschreibung der arbeits- und tarifrechtlichen Regelungen ist das Angebot zur Weiterbildung zu verbessern;

- die Aufwertung der **Teilzeitarbeit** und ein erhöhtes Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen;
- die Einrichtung einer **Pflegeausbildung** für Frauen nach der Familienphase;
- Ausbau und Unterstützung der Arbeit von Frauen und von **Frauenbeauftragten** im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft;
- Beratung, Aufklärung, Hilfangebote und Modellprojekte mit dem Ziel, Mädchen und Frauen wirksamer zu schützen vor sexuellem Mißbrauch, Gewalt und Belästigung. Neben geeigneten Hilfsmaßnahmen wird sich die CDU auch für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, um einerseits die Bevölkerung für Fragen der **Gewalt gegen Frauen und Mädchen** zu sensibilisieren und andererseits die oft vorherrschenden Vorurteile abzubauen, um auf längere Sicht eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen.

Ältere Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft

Ältere Menschen wollen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Sie haben den Wunsch, so lange wie möglich selbständig und in der vertrauten Umgebung zu bleiben und wollen freiwillig Aufgaben für die Gemeinschaft übernehmen. Ihr fachliches Können und Ihre Erfahrung sind sowohl für die gewerbliche Wirtschaft als auch für den Dienstleistungsbereich von großem Nutzen. Deshalb gehören ältere Menschen in unsere Mitte. Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand muß viel flexibler gestaltet werden. Dies entspricht dem Wunsch vieler Menschen am Beginn des dritten Lebensabschnitts.

Die über 60-jährigen sind weder in den Parteigremien, noch in den Parlamenten angemessen vertreten. Ihre Repräsentanz muß entsprechend ihrem Anteil in der Partei und der Bevölkerung erheblich verbessert werden.

Mit der zunehmenden Zahl der Senioren wächst auch die Zahl derjenigen, die allein leben, vereinsamt oder pflegebedürftig sind. Die CDU hat daher die Hilfen für kranke und pflegebedürftige Menschen konsequent ausgebaut sowie Weichenstellungen für eine Neuorientierung der Politik für ältere Menschen vorgenommen. Herausragende Maßnahmen und Ziele unserer Politik sind:

- Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von 380 **Sozialstationen** im Land, die pflegebedürftigen Menschen in ihren eigenen vier Wänden pflegerische und hauswirtschaftliche Hilfen anbieten. Wir wollen diese ambulanten Dienste bis zum Jahr 2000 mit insgesamt fast 4.000 weiteren Personalstellen ausstatten. Außerdem haben wir gemeinsam mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Landesverbänden eine Konzeption erarbeitet, mit der die verschiedenen Hilfsangebote im Interesse unserer älteren Mitmenschen besser aufeinander abgestimmt werden.
- **Rehabilitation** geht vor Pflege. Deshalb haben wir ein Geriatriekonzept entwickelt, mit dem im Interesse der Gesunderhaltung älterer Menschen in einem etwa 10-jährigen Umsetzungsprogramm rund 2.450 Plätze für die geriatrische Rehabilitation entstehen sollen. Darüber hinaus sollen örtliche Netzwerke aufgebaut werden, die z.B. ein ausreichendes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen, Tagespflegeplätzen und abgestimmten ambulanten Hilfen enthalten, um kranken und pflegebedürftigen älteren Menschen möglichst lange ein Leben in den eigenen vier Wänden und bei ihrer Familie zu ermöglichen.
- Das Angebot an **Heimplätzen** für ältere Menschen haben wir seit 1980 von 54.520 auf 71.212 im Jahr 1990 erhöht. Um ausreichendes und qualifiziertes **Personal für die Altenpflege** zu gewinnen, haben wir durch eine Anhebung der Pflegepersonalschlüssel die Einstellung von 4.000 zusätzlichen Pflegekräften ermöglicht und die Investitionsförderung von 30% auf 40% pro Pflegeplatz angehoben.
- gemeinsam mit den zuständigen Verbänden und Trägern haben wir das **Ausbildungsangebot** an Berufsfachschulen für Altenpflege verbessert und pro Jahr 1.000 Wohneinheiten für ältere Menschen gefördert.

Politik für und vor allem mit der älteren Generation muß sich künftig stärker auf die Möglichkeiten zur eigenständigen Gestaltung des "Dritten Lebensabschnittes" durch die Senioren selbst konzentrieren. Wir brauchen eine neue "Kultur des Helfens".

Deshalb treten wir ein für:

- Eine Absicherung des finanziellen Pflegerisikos im Alter durch eine **Pflegeversicherung**, die die nachwachsende Generation nicht unzumutbar belastet.
- Den weiteren **bedarfsgerechten Ausbau** der ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen der Altenhilfe;

- Eine verstärkte Förderung für den **Neubau von betreuten Altenwohnungen** sowie für den altengerechten Umbau von vorhandenem Wohnraum;
- Die Initiierung von Modellen zur **Selbstorganisation und Selbsthilfe** älterer Menschen, wie dies zum Beispiel die "Aktiven Senioren" und "Senioren-genossenschaften" in Baden-Württemberg bereits mit Erfolg tun. Auch generationenübergreifende Initiativen, in denen Junge und Alte zusammenarbeiten, sind zu begrüßen.
- Die Vertiefung unseres Wissens über die gesundheitlichen und sozialen Erscheinungen des Alters durch die Einrichtung eines **Zentrums für Altersforschung**;
- Eine weitere Steigerung der Attraktivität und der Qualität der Pflegeberufe, z.B. durch die Einrichtung eines **Fachhochschulstudiums** für Pflegedienstleitungen und Unterrichtskräfte im Pflegewesen.
- Eine deutliche Aufwertung des Engagements von Familienangehörigen und freiwilligen Helfern im Bereich der Pflege. Insbesondere treten wir dafür ein, die **familiäre und ehrenamtliche Pflegetätigkeit** in der Rentenversicherung angemessen zu berücksichtigen und längerfristig wie Zeiten der Kindererziehung als rentensteigernd anzuerkennen.

Aufruf

Die Landtagswahl am 5. April 1992 findet in einer aufregenden Zeit statt, in einer Zeit des Umbruchs, in der neue politische Aufgaben auf Deutschland und Baden-Württemberg zukommen, die auch für die Landespolitik von großer Bedeutung sind. In solch einer Zeit neuer Risiken und großer Chancen wählen die Bürger unseres Landes einen neuen Landtag. Sie entscheiden über den künftigen Weg unseres Landes, über die Zukunftschancen Baden-Württembergs in einer veränderten Welt.

In stürmischen Zeiten wechselt man nicht die Mannschaft, sondern hält Kurs, das Ziel fest im Blick; man übergibt das Steuer nicht einem bunten Gemisch von Roten, Grünen und unberechenbaren Freidemokraten.

Deshalb kämpft die CDU am 5. April mit Erwin Teufel an der Spitze für eine eigenständige Regierungsmehrheit. Baden-Württemberg ist stark. Baden-Württemberg muß stark bleiben. Deshalb brauchen wir eine starke CDU. Deshalb bitten wir Sie: Geben Sie am 5. April Ihre Stimme der CDU und Erwin Teufel.